

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

10. Juni 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche gab es Anschläge und Kampfhandlungen. So wurden am 03.06.13 zehn Kinder und zwei ISAF-Soldaten bei einem Selbstmordanschlag in der ostafghanischen Provinz Paktia getötet. Ziel des Attentäters war ein afghanisch-amerikanischer Militärkonvoi. In der ostafghanischen Provinz Laghman starben sieben Zivilisten, als ihr Fahrzeug auf eine Sprengfalle fuhr, zwei Zivilisten wurden verletzt. Am 04.06.13 kamen bei einem ähnlichen Vorfall vier Zivilisten in der westafghanischen Provinz Farah (Distrikt Lash Wa Juwayn) um. Am 07.06.13 starben sieben georgische ISAF-Soldaten bei einem Selbstmordanschlag in der südafghanischen Provinz Helmand. Auch am 08.06.13 kamen bei Angriffen in der östlichen Provinz Paktia und der Provinz Farah mehrere ISAF-Soldaten ums Leben.

Nach Angaben der UN wurden in den letzten zwei Wochen 125 afghanische Zivilisten getötet und 287 verletzt, ein Anstieg um 24 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2012.

Angriff auf den Flughafen in Kabul

Am Morgen des 10.06.13 griffen Taliban den militärischen Teil des Flughafens in Kabul an, auf dem sich auch ein Hauptquartier der internationalen Afghanistan-Truppe ISAF befindet. Sie lieferten sich ein stundenlanges Gefecht mit den Sicherheitskräften. Polizeiangaben zufolge wurden alle sieben Angreifer getötet.

Pakistan

Nawaz Sharif Premierminister

Das Parlament wählte am 05.06.13 mit 244 von 342 Stimmen Nawaz Sharif zum neuen Premierminister. Sharif bekleidete dieses Amt bereits von November 1990 bis Juli 1993 und von Februar 1997 bis Oktober 1999. In seiner Antrittsrede forderte er ein Ende der Drohnenangriffe der USA auf Extremisten im Grenzgebiet zu Afghanistan. Er kündigte an, die Energie- und Wirtschaftskrise des Landes zu bekämpfen, die Infrastruktur zu verbessern sowie die grassierende Korruption zu beseitigen.

Mindestens neun Tote bei mutmaßlichem Drohnenangriff

Bei dem Angriff eines unbemannten Fluggerätes, wohl einer US-Drohne, auf das Anwesen eines Talibanführers in Nordwaziristan kamen am 08.06.13 neun Mitglieder eines örtlichen Clans ums Leben.

Irak

Sicherheitslage

Die Gewalt hält an. So wurden am 03.06.13 mindestens 13 Menschen getötet und 22 verletzt. Am 04.06.13 wurden u.a. in den Provinzen Ninive, Kirkuk und Anbar vier Menschen getötet, fünf verwundet. Am 05.06.13 kamen bei Anschlägen 23 Menschen ums Leben. Insbesondere betroffen waren Bagdad und die Provinzen Anbar, Salahaddin, Babil, Kirkuk und Ninive. Am 07.06.13 wurden in der Provinz Diyala bei einem Selbstmordanschlag 17 Menschen getötet und 45 verletzt. Am 08.06.13 kamen überwiegend in

Bagdad und Mosul mindestens 23 Menschen um, 78 wurden verletzt. Am 09.06.13 starben bei der Explosion einer Autobombe in dem überwiegend von Schiiten bewohnten Stadtteil Kadhimija in Bagdad mindestens sieben Menschen, 16 wurden verletzt.

Zentralregierung fordert Abzug der kurdischen Peshmerga aus umstrittenen Gebieten

Der irakische Innenminister forderte am 05.06.13 die kurdische Regionalregierung auf, die Peshmerga-Kräfte aus den Distrikten Suleiman Bag und Tuz Khurmato in der Provinz Salahaddin und aus der Provinz Kirkuk abzuziehen. Es handele sich um strittene Gebiete, die unter der Autorität der zentralirakischen Regierung ständen.

Syrien

Kuseir von Regierungstruppen zurückerobert

Einheiten der syrischen Armee haben nach offiziellen Angaben die hart umkämpfte Region um das westliche Kuseir vollständig zurückerobert. Bei der Einnahme seien zahlreiche Rebellen getötet oder festgenommen worden, berichtete das syrische Staatsfernsehen am 05.06.13. Genaue Angaben zu den Opferzahlen gibt es nicht. Die strategisch wichtige Stadt Kuseir an der Grenze zum Libanon und ihre Umgebung waren seit Mai heftig umkämpft. In der Region kreuzen sich wichtige Nachschubwege für Regime und Rebellen. Syrische Rebellen haben die Stadt Kuseir nach eigenen Angaben in der Nacht auf den 05.06.13 verlassen. Zuvor waren fast alle Zivilisten in den vergangenen Wochen aus der Stadt geflohen. Die Organisation Syrischer Menschenrechtsbeobachter wies am 05.06.13 auf das Schicksal Hunderter Verletzter hin, die sich noch in der Stadt aufhalten sollen. Die syrische Regierung hatte Bitten vom Roten Kreuz um Zugang zu der belagerten Stadt abgelehnt. Ein BBC-Team vor Ort berichtete, die Stadt liege in Ruinen – kein Gebäude sei unversehrt.

Human Rights Watch: Land droht eine ganze Schülergeneration zu verlieren

Syrien galt als Staat mit gutem Bildungssystem. Bis 2011 besuchten mehr als 90 % der Kinder eine Grundschule und mehr als zwei Drittel weiterführende Schulen. Laut den UN lag die Analphabetenrate unter jungen Menschen bei rd. 5 %. Doch seit Beginn des Bürgerkriegs geraten Schulen vermehrt ins Visier von Militär und Rebellen. Schulgebäude werden attackiert, Schüler und Lehrer bespitzelt und verhört. Ein neuer Bericht von Human Rights Watch (HRW) meint, das Land drohe eine ganze Schülergeneration zu verlieren. Die Lage der Schüler im dritten Kriegsjahr ist dramatisch. Laut HRW wurden seit Beginn des Konflikts Tausende Schulen beschädigt oder zerstört. Ehemalige Bildungseinrichtungen dienen inzwischen als Schutzräume für Flüchtlinge, andere besetzten Rebellen oder Regierungstruppen als Militärbasen. Viele Kinder haben Monate und Jahre der Bildung verloren.

Schwere Gefechte auf den Golan-Höhen/Österreich zieht Blauhelme ab

Heftige Kämpfe, die am 06.06.13 auf den Golan-Höhen zwischen syrischen Rebellen und Regierungstruppen um Kuneitra, den Grenzübergang nach Israel, begannen, gaben den Ausschlag: Österreich zieht seine auf dem Höhenzug bislang stationierten Blauhelme ab, wie Kanzler Werner Faymann in Wien am selben Tag ankündigte. Hatten die Rebellen Kuneitra zunächst eingenommen, starteten die Regierungstruppen einen Gegenangriff und nahmen den Stützpunkt wieder ein.

Iran

Massenproteste in Isfahan

In Isfahan wurde das Begräbnis des beliebten moderaten Freitagspredigers, Ayatollah Jalaluddin Taheri, am 04.06.13 zu einer Massendemonstration gegen die iranische Führung. Die Demonstranten forderten auch die Freilassung der Führer der Opposition, Mir Hossein Moussavi und Mehdi Karroubi, die unter Hausarrest stehen, sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen. Es ist dies die erste große Massenkundgebung gegen das Regime seit 2011. Taheri, der am 02.06.13 im Alter von 87 Jahren gestorben war, hatte sich mit massiver Kritik gegen die Hardliner und Ultrakonservativen gewandt und war so in Isfahan eine Symbolfigur der moderaten Reformen geworden. Sein Sarg war in grüner Seide, der Farbe der Opposition, eingewickelt. Die Polizei schritt bei den Protesten nicht ein, offenbar um knapp vor der Präsidentschaftswahl am 14.06.13 keinen öffentlichen Zorn heraufzubeschwören.

Präsidentschaftskandidat Hassan Rouhani kritisiert innenpolitische Repressionen

Präsidentschaftskandidat Rouhani¹ hat Menschenrechtsverletzungen in Iran kritisiert und die Freilassung von politischen Gefangenen gefordert. Seine Meinung zu äußern, sei keine Straftat, wurde Rouhani am 04.06.13 von der Nachrichtenagentur Mehr zitiert. Überdies kritisierte er die „übertriebenen Sicherheitsmaßnahmen“ an den Universitäten. Auch das Internet, wo Tausende von Webseiten aus Sicherheitsgründen blockiert seien, sei von diesen übertriebenen Maßnahmen betroffen. Wie könne man vom Wissen reden, wenn die Grundlage für ein freies Denken nicht vorhanden sei, fragte Rouhani. Da solle man sich nicht wundern, dass fast 900.000 Studenten nach ihrem Abschluss arbeitslos seien und Absolventen auswanderten.

Rouhani droht Ausschluss von Präsidentschaftswahl

Nach Medienberichten vom 10.06.13 droht dem als moderat geltenden Kandidaten Hassan Rouhani wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl der Ausschluss von der Abstimmung. Die iranische Wahlaufsicht werde noch am 10.06.13 darüber entscheiden. Die halbamtliche Nachrichtenagentur „Mehr“ berichtete unter Berufung auf eine nicht näher genannte Quelle, der für die Beaufsichtigung der Wahl zuständige Rat erwäge den Ausschluss, weil Rouhani als geheim eingestufte Details über das iranische Atomprogramm in einer TV-Debatte preisgegeben habe.

„Reporter ohne Grenzen“ kritisiert verschärfte Repression im Vorfeld der Präsidentschaftswahl

Freie und demokratische Wahlen seien unter den gegenwärtigen Einschränkungen in Iran unmöglich. So kommentiert Christian Mihr, Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“, die verschärften Zensur- und Überwachungsmaßnahmen im Vorfeld der iranischen Präsidentschaftswahl am 14.06.13. Mihr sagte, offenbar wolle das Regime mit allen Mitteln verhindern, dass unabhängige Informationen eine Protestbewegung wie 2009 entstehen lassen könnten. Nach Angaben der Organisation wurden in den letzten Wochen zahlreiche Journalisten vorgeladen und aufgefordert, nur regimetreue Kandidaten zu unterstützen. Die Überwachung des Internets sei noch einmal verstärkt worden, so dass der Zugang zu ungefilterten Informationen kaum noch möglich sei.

Türkei

Proteste gegen die Regierung fortgesetzt

Die Demonstrationen gegen die Regierung unter Ministerpräsident Erdogan gehen in ihre dritte Woche. Bei den anhaltenden Protesten in mehreren türkischen Städten kommt es immer wieder zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, mittlerweile wird von mehreren Todesopfern bei den Auseinandersetzungen berichtet. Verlässliche Zahlen über Verletzte und Festnahmen gibt es nicht. Die Demonstranten fordern inzwischen neben dem Stopp der Baupläne für den Gezi-Park den Rücktritt der Polizeichefs und der Gouverneure von Istanbul, Ankara und Hatay, die Beendigung des Tränengas-Einsatzes durch die Polizei, die Freilassung der festgenommenen Demonstranten und die Gewährleistung der Meinungsfreiheit. Teilweise werden auch Forderungen nach dem Rücktritt Erdogans erhoben, dem ein autoritärer Regierungsstil vorgeworfen wird. Nachdem sich Vizepräsident Arinc zuvor im Namen der Regierung für die Gewalt der Polizei entschuldigt hatte, forderte Ministerpräsident Erdogan nach seiner Rückkehr von einer Nordafrikareise ein sofortiges Ende der Proteste. Er erklärte, er wolle an dem umstrittenen Bauprojekt festhalten, die Protestierenden seien dem Vandalismus verfallen und hätten damit ihre demokratische Legitimation verloren. Seine Anhänger rief er zu regierungsfreundlichen Demonstrationen am kommenden Wochenende auf. Forderungen nach vorgezogenen Neuwahlen als Reaktion auf die Protestwelle erteilte die regierende AKP eine Absage.

¹ Der Politiker Rouhani ist promovierter Rechtswissenschaftler. Er trägt den religiösen Titel Hojatoleslam (unter dem Ayatollah angesiedelt), gilt als Reformler, war Sprecher des Majles und wurde 2003 unter Khatami zum Chefunterhändler der Gespräche zwischen der EU-3 (Großbritannien, Frankreich, Deutschland) und Iran bezüglich dessen Atomprogramm berufen. Politisch gilt er als Rafsanjani nahestehend.

Libanon

Tote und Verletzte bei Gefechten

Der Syrien-Konflikt führte erneut zu schweren Unruhen im Libanon. Nach Berichten libanesischer Medien wurden am 03.06.13 vier Menschen im Norden von Heckenschützen getötet. Nach Angaben der Nationalen Nachrichtenagentur (NNA) kam es in der Stadt Tripoli erneut zu Gefechten zwischen Unterstützern der syrischen Regierung und deren Gegnern. Dabei seien mindestens 14 Menschen verletzt worden.

Im Mai waren bei Kämpfen in Tripoli rund 30 Menschen ums Leben gekommen.

Hizbollah-Gegner vor iranischer Botschaft in Beirut erschossen

Ein unbewaffneter libanesischer Demonstrant wurde am 09.06.13 vor der iranischen Botschaft in Beirut erschossen. Der Demonstrant habe zu einer kleinen Gruppe von Gegnern des syrischen Präsidenten gehört, erklärten Vertreter der Sicherheitskräfte. Die Gruppe habe vor der Botschaft gegen die Unterstützung Assads durch die Hizbollah und Iran protestiert. Wer die Schüsse abgab, ist unklar. Zur Zeit der Demonstration hielten sich bewaffnete Assad-Anhänger in der Gegend auf.

Westjordanland

Neue Palästinenserregierung vereidigt

Der neue palästinensische Ministerpräsident Rami Hamdallah hat sein künftiges Kabinett vorgestellt. Der 54-Jährige und seine Minister legten am 06.05.13 in Ramallah vor Präsident Mahmoud Abbas den Amtseid ab. Viele der insgesamt 24 Kabinettsmitglieder saßen auch schon in der Vorgängerregierung von Salam Fayyad, der Mitte April zurückgetreten war. Neu ist, dass es künftig zwei stellvertretende Regierungschefs gibt: Muhammad Mustafa, bisher Chef des palästinensischen Investitionsfonds, und Zeyad Abu Amr, ein bisheriger Berater von Abbas. Die neue Regierungsmannschaft des als gemäßigt eingeschätzten Hamdallah soll mindestens bis Mitte August im Amt bleiben. Bis dahin wollen die seit 2007 verfeindeten Palästinenserorganisationen al-Fatah von Abbas und die im Gazastreifen herrschende radikalislamistische Hamas eine unabhängige Experten-Regierung unter Leitung von Abbas gebildet haben. Allerdings gibt es daran wegen der großen Differenzen zwischen al-Fatah und Hamas erhebliche Zweifel.

Russische Föderation

Opferzahlen der Jahre 2011 und 2012 im Nordkaukasus

Nach Angaben der unabhängigen Nichtregierungsorganisation „Kawkaski Usel“ wurden 2011 mindestens 1.400 Menschen Opfer der anhaltenden Konflikte im Nordkaukasus, darunter 736 Tote. Bei ihnen soll es sich um 369 Aufständische, 188 Sicherheitskräfte und 179 Zivilisten gehandelt haben.

Laut Information der Online-Zeitung „Caucasian Knot“ ist im Jahr 2012 ein leichter Rückgang bei Gewalttaten und Todesopfern im Nordkaukasus zu verzeichnen gewesen, vorrangig in der zweiten Jahreshälfte in Tschetschenien und Kabardino-Balkarien. Schwerpunkt in Bezug auf Gewalt und Anzahl der Opfer bleibe mit Abstand die Republik Dagestan. Insgesamt habe es 2012 rund 1.225 Opfer, darunter knapp 700 Todesfälle, im Zusammenhang mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen gegeben.

Ägypten

Neubau einer Kirche genehmigt

Präsident Mohammed Mursi genehmigte erstmals seit seinem Amtsantritt im Juni 2012 den Bau einer koptisch-orthodoxen Kirche. Die Kirche soll in Nubaria im Norden des Landes errichtet werden. Der Antrag für den Bau soll bereits vor 17 Jahren gestellt worden sein.

Mitarbeiter von NROs verurteilt

Ein Gericht in Kairo verurteilte am 04.06.13 ausländische Mitarbeiter von 17 Nichtregierungsorganisationen, darunter einen Vertreter der Konrad-Adenauer Stiftung, in Abwesenheit zu Gefängnisstrafen zwischen einem und fünf Jahren. Zu Bewährungsstrafen von jeweils fünf Jahren verurteilte das Gericht zehn weitere Ange-

klagte aus Norwegen, Serbien und arabischen Staaten. Auch elf ägyptische Staatsangehörige erhielten Bewährungsstrafen von jeweils einem Jahr. Ein US-Bürger, der sich dem Verfahren gestellt hatte, muss für zwei Jahre in Haft. Das Gericht sprach die Betroffenen des illegalen Geldtransfers sowie der Arbeit ohne Lizenz schuldig. Es ordnete die dauerhafte Schließung der betroffenen Stiftungen und Organisationen an.

Äthiopien

Regierung erlaubt seit Jahren wieder eine politische Kundgebung

Eine friedliche Protestkundgebung am 26.05.13 in der Hauptstadt Addis Abeba hat zu Spekulationen geführt, ob die äthiopische Regierung zu politischen Reformen bereit ist. Die Zahl der Teilnehmer, die einem Aufruf der Semayawi Party gefolgt waren, wurde auf bis zu 20.000 geschätzt. Dies war die erste offiziell zugelassene Demonstration seit dem Jahr 2005. Damals kam es bei Protesten im Zuge der umstrittenen Parlamentswahl zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit fast 200 Toten und tausendfachen Inhaftierungen.

Schon der Umstand, dass die Kundgebung stattgefunden hat und in den Medien über die Forderung der Teilnehmer nach Freilassung politischer Gefangener berichtet wurde, hat auf Seiten der Opposition zur Hoffnung geführt, Premierminister Hailemariam Desalegn könne die restriktiven Vorgaben seines Amtsvorgängers Meles Zenawi nach mehr politischen Rechten lockern. Kritische Stimmen sehen ein einmaliges Entgegenkommen der Regierung, die damit lediglich versuche, internationaler Kritik an ihrer zunehmend repressiveren Politik zu begegnen. Die Regierung sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, de facto einen Einparteiensstaat errichtet zu haben, in dem Oppositionelle mit Verfolgung rechnen müssten.

Eritrea

UNO spricht von alarmierender Lage

Laut einem am 05.06.13 vom UN-Menschenrechtsrat veröffentlichten Bericht kommt es in Eritrea zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen. Eritrea-Sonderberichterstatterin Sheila Keetharuth wies auf außergerichtliche Exekutionen, Vertreibung und Verschwindenlassen, willkürliche Verhaftungen und Gefangenhaltungen an unbekanntem Orten hin. Mehr als 4.000 Menschen würden deshalb jeden Monat aus dem Land fliehen. Alarmierend sei auch die zunehmende Militarisierung. So zwingt die Armee junge Leute massenhaft und jahrelang zum Dienst ohne Sold, was Familien in ihrer Existenz bedrohe. Keetharuth beklagte außerdem die drastische Einschränkung von Bürgerrechten wie Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit.

Nach Medienberichten hat Israel ein Abkommen mit einem bislang nicht näher bezeichneten afrikanischen Land – vermutet werden Uganda oder Süd-Sudan – abgeschlossen, dass sich bereit erklärt habe, u.a. die rund 2.000 eritreischen Flüchtlinge aufzunehmen, die sich derzeit illegal in Israel aufhalten.

Libyen

Benghazi: 31 Tote bei Kämpfen

In der Nacht zum 09.06.13 wurden bei Kämpfen vor einer Kaserne zwischen der Brigade „Schutzschild Libyens“ und Demonstranten im ostlibyschen Benghazi mindestens 31 Menschen getötet. Mehr als 100 Menschen sollen verletzt worden sein. Die Brigade besteht aus bewaffneten früheren Rebellen. Sie untersteht formell dem Verteidigungsministerium. Laut eines Armeesprechers ist die Brigade eine Art „Reservetruppe der libyschen Armee“. Ein Angriff auf die Brigade komme einem „Angriff auf die legitimen Behörden“ gleich. Die Demonstranten hätten erreichen wollen, dass die Brigade Benghazi verlasse und statt ihrer die Armee die Kontrolle übernehme. Es habe zunächst eine friedliche Demonstration gegeben, die jedoch von bewaffneten Angreifern unterwandert worden sei. Diese hätten dann das Feuer auf die Kaserne eröffnet. Eine Spezialeinsatztruppe der Armee konnte die Kämpfe beenden. Das Gelände werde nun von regulären Armeeeinheiten kontrolliert.

Laut einer Pressemeldung vom 09.06.13 hat der libysche Generalstabschef Yusef al-Mangush nach den Kämpfen seinen Rücktritt erklärt und der Nationalkongress das Rücktrittsgesuch angenommen.

NATO bereitet Ausbildung libyscher Militärs vor

Die Nato bereitet die Beratung und Ausbildung libyscher Militärs vor. Laut Aussage des Nato-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen vom 04.06.13 wird das Bündnis so schnell wie möglich Experten entsenden. Libyens Ministerpräsident Ali Seidan habe um Beratung im Sicherheitsbereich gebeten. Die Experten sollen erkunden, wie man dem Einsickern islamistischer Extremisten aus Mali Einhalt gebieten könne. Hintergrund sei die Sorge, dass sich seit einigen Wochen immer mehr islamistische Kämpfer, die von den französischen Truppen aus Mali vertrieben wurden, in Libyen niederließen.

Jihad-Ausbildungslager in Libyen

Laut DPA-Meldung vom 05.06.13, die sich auf einen Bericht der französischen Wochenzeitung «Canard enchaîné» beruft, werden in der libyschen Wüste Jihadisten für den Kampf in Syrien, Niger und anderen Staaten ausgebildet. Zwischen den Städten Ghat und Sabbah (Region Fessan im Südwesten) gebe es drei Trainingslager für jeweils rund 300 Kämpfer. Ein Lager sei auf die Herstellung von Autobomben spezialisiert. In den beiden anderen Lagern würden Islamisten in Kampftechniken und im Umgang mit Sprengstoff unterwiesen.

Verlegung des Sitzes wichtiger Institutionen von Tripolis nach Benghazi

Die Regierung hat am 05.06.13 ein Dekret erlassen, wodurch der Sitz von vier wichtigen Institutionen aus der Hauptstadt Tripolis nach Benghazi, der zweitgrößten Stadt, im Osten Libyens verlegt wird. Es handelt sich dabei um die National Oil Corporation (NOC), die Libyan Airlines, die Libyan Insurance Company und die National Investment Company. Dies sei eine Folge der Politik der Dezentralisierung, die viele Libyer gefordert hätten. Dies betreffe vor allem die östliche Region.

Mali

Ausnahmestand verlängert

In einer Sondersitzung hat die Übergangsregierung Malis den Ausnahmestand bis zum 05.07.13 verlängert. Trotz großer Fortschritte sei die Sicherheit noch nicht landesweit garantiert, hieß es zur Erklärung des Beschlusses vom 04.06.13. Am 07.07.13 werden die Kampagnen für die Präsidentenwahl am 28.07.13 eröffnet. Eine demokratisch legitimierte Regierung ist die Voraussetzung für die Freigabe von ausländischen Hilfsgeldern, die mit dem Putsch vom 22.03.12 anfangs komplett eingefroren worden waren. Mali ist „Donor-Darling“. Gelder aus dem Ausland machten über Jahre mehr als ein Viertel des Staatsbudgets aus.

Gefechte im Norden zwischen Armee und Tuareg-Rebellen

Im Nordosten Malis kam es am 04.06.13 zu schweren Gefechten zwischen der Armee und Rebellen des Mouvement national de libération de l'Azawad (MNLA). Laut der Agentur AFP rückten malische Soldaten in Anefis ein, einem Ort 110 Kilometer südwestlich von Kidal, der zuvor vom MNLA gehalten worden war. Es gab mehrere Todesopfer, die Tuareg-Rebellen flüchteten Richtung Kidal. Kidal wird weiterhin von den Tuareg-Rebellen kontrolliert. Es waren die ersten Gefechte zwischen Armee und Tuareg-Rebellen seit Beginn der französischen Militärintervention im Januar 2013, durch die die Herrschaft islamistischer Aufständischer im Norden beendet werden sollte. Die MNLA-Kämpfer hatten sich zwar mit den Islamisten verbündet, waren aber nicht Ziel der französischen Offensive. MNLA hat die ursprüngliche Forderung nach einer Sezession des Nordens aufgegeben, verweigert den malischen Behörden und Militärs aber die Rückkehr nach Kidal. In der Hauptstadt von Burkina Faso finden seit 07.06.13 Gespräche zwischen der Übergangsregierung und MNLA im Hinblick auf eine Bereinigung der Lage in Kidal statt.

Schwere Menschenrechtsverstöße auch nach französischer Intervention

In einem am 07.06.13 veröffentlichten Bericht äußert Amnesty International, dass seit Beginn der französischen Intervention zahlreiche Menschen, darunter Zivilpersonen, gefoltert und getötet worden sind oder dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen sind. Der Bericht ist das Ergebnis einer Missionsreise von Amnesty im Mai und Juni.

Nigeria

Offizielles Verbot von Boko Haram und Ansaru

Staatspräsident Jonathan hat am 04.06.13 die nigerianische islamistische Gruppe Boko Haram sowie die hiervon abgespaltene Splittergruppe Ansaru offiziell als verbotene Terrororganisationen eingestuft. Deren Aktivitäten fallen unter den „Terrorism Prevention Act“. Dies hat zur Folge, dass jeder Person, die wissentlich direkt oder indirekt eine der beiden verbotenen Gruppen unterstützt, eine Haftstrafe von mindestens 20 Jahren droht.

Inzwischen wird die bisher größte Militäroffensive gegen Boko Haram fortgesetzt. Sie begann nach der Verhängung des Notstands am 14.05.13 über die drei nordöstlichen Bundesstaaten Borno, Yobe und Adamawa.

Boko-Haram-Anschlag in Maiduguri

Am Abend des 07.06.13 schossen laut Zeugenangaben mutmaßliche Angehörige der Boko Haram im Stadtviertel Hausari von Maiduguri (Hauptstadt des nordostnigerianischen Bundesstaates Borno) in die Häuser von Mitgliedern einer neugegründeten Bürgerwehr. 13 Bewohner wurden getötet. Sechs, nach anderen Angaben acht der Attentäter wurden kurz darauf von Soldaten erschossen. Die Attentäter sollen ihre Waffen in einem Sarg versteckt und weiße Trauerkleidung getragen haben, was es ihnen ermöglicht habe, die vielen Kontrollstellen in der Stadt ohne Durchsuchung ihres Fahrzeugs zu passieren. Der Anschlag erfolgte vermutlich aus Vergeltung dafür, dass die Bürgerwehr acht Angehörige der Boko Haram an die Sicherheitskräfte verraten hatte, die von Soldaten am Abend des 06.06.13 erschossen worden waren.

USA setzen 7 Millionen USD Kopfgeld für die Ergreifung von Abubakar Shekau aus

Das US-Außenministerium hat am 03.06.13 eine Belohnung von insgesamt 23 Millionen Dollar (17,6 Millionen Euro) für Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung von fünf als besonders gefährlich geltenden west- und nordafrikanischen Terrorverdächtigen führen. Das höchste Kopfgeld mit 7 Millionen Dollar wurde auf Abubakar Shekau ausgesetzt, den Anführer der in Nord- und Zentralnigeria aktiven islamistischen Terrororganisation Boko Haram. Die Geldprämien sind Teil eines 1984 aufgelegten Programms zur Belohnung von Informanten, deren Hinweise zur Gefangennahme oder Tötung von Verdächtigen führen, welche die Interessen der USA bedrohen.

Somalia

Kämpfe in Kismayo

Seit am 07.06.13 Kämpfe zwischen Clanmilizen ausbrachen, fliehen hunderte Bewohner der südsomalischen Hafenstadt Kismayo. Die Führer der Clanmilizen, Ahmed Madobe und Ifti Hassan Basto, beanspruchen (neben anderen) das Präsidentenamt des autonomen Teilstaates „Jubaland“ im Süden des Landes für sich (s. auch BN vom 20.05.13). Mindestens 18 Personen sollen bisher ums Leben gekommen sein.

Neue Mission der UN

Am 03.06.13 nahm die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Somalia (United Nations Assistance Mission to Somalia – UNSOM) ihre Arbeit auf. Sie ist zunächst auf ein Jahr befristet und wird vom Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der UN für Somalia, Nicholas Kay, geleitet. Die Mission soll den Friedensprozess in Somalia und die Staatsbildung unterstützen. Schwerpunkte liegen u. a. in der Entwicklung eines föderalen Regierungssystems, der Revision der Verfassung und der Durchführung eines Verfassungsreferendums.

China

Haftstrafe für Schwager von Nobelpreisträger Liu

Am 09.06.13 verurteilte ein Gericht in Peking Liu Hui, den Schwager des inhaftierten Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo, zu elf Jahren Haft. Er wurde beschuldigt, zusammen mit einem Kollegen Geld unterschlagen zu haben. Freunde gehen indes von einer Vergeltungsaktion gegen die Familie aus. Liu Hui ist der Bruder der Frau des Nobelpreisträgers, Liu Xia, die unter Hausarrest steht, seit ihr Mann 2010 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Die Verteidigung will Berufung einlegen.

Liu Xiaobo wurde 2009 wegen „Untergrabung der Staatsgewalt“ zu elf Jahren Haft verurteilt. Er ist Mitverfasser der Charta 08, die Demokratie und Menschenrechte in China einforderte.

Zwei Mönche im Zusammenhang mit Selbstverbrennung zu Haftstrafen verurteilt

Wie Radio Free Asia am 04.06.13 berichtete, verurteilte ein Gericht im Bezirk Xunhua (Provinz Qinghai) bereits am 18.04.13 einen tibetischen Mönch zu drei Jahren Haft. Er hatte die Gebete anlässlich der Begräbniszeremonie für einen Tibeter geleitet, der sich am 19.11.12 selbst verbrannt hatte. Ein weiterer Mönch erhielt ebenfalls eine dreijährige Haftstrafe, weil er Spenden gesammelt und die Anreise von Mönchen zu der Zeremonie organisiert hatte.

Seit 2009 wurden 119 Selbstverbrennungen von Tibetern bekannt.